

Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz in Wuppertal

**Wuppertal ist eine weltoffene Stadt.
Wuppertal hat keinen Platz für Rassismus.**

Vorwort

Aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zeigen, dass sich die Phänomene von Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus verändern und der Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft steigt. Dieser Anstieg ist auch in Wuppertal ein wichtiges Thema.

Am 11.12.2000 verabschiedete der Stadtrat das „1. Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz“ für die Stadt Wuppertal. 2002 wurde dieses durch einen weiteren Stadtratsbeschluss fortgeschrieben. Seit diesem Zeitpunkt wird es im Auftrag der Stadt, federführend durch die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. weiterentwickelt. Umgesetzt wird dieser Prozess in Kooperation mit kommunaler Politik, Verwaltung, Freien Trägern, Initiativen, Ordnungsbehörden und engagierten Bürger*innen.

Mit der Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die Arbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Form der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. setzte die Stadt Wuppertal 2001 bundesweit Standards. Dieses Modell wurde inzwischen von vielen Kommunen so oder ähnlich übernommen und ist heute geforderter Standard in nahezu allen Bundes- und Landesprogrammen im Themenfeld.

Das hier beschriebene „Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz – Wuppertal“ greift diese Veränderungen auf, skizziert den aktuellen Stand der Arbeit im Themenfeld und benennt Handlungsvorschläge, die sinnvoll erscheinen, um sich als Kommune langfristig für Demokratie und Toleranz stark zu machen. Es ist entstanden aus Anregungen der Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, des Begleitausschusses des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ und Ergebnissen der letztjährigen Demokratiekonferenzen. Es soll als Leitfaden der weiteren Arbeit für ein weltoffenes und tolerantes Wuppertal dienen.

Kernbotschaften zu aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen in Wuppertal

1. Wuppertal ist eine durch Vielfalt geprägte Stadt. Durch die aktuelle Zuwanderung und Zuzüge wächst die Bevölkerung entgegen der prognostizierten Trends der letzten Jahre. Dies lässt erkennen, dass Wuppertal Anreize bietet, sich hier niederzulassen und wohl zu fühlen.
2. In der Stadt Wuppertal lebt eine Vielzahl von Menschen, die sich für ein offenes Miteinander einsetzen und mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement ein Zeichen auch gegen Rassismus und Rechtsextremismus setzen.
3. Parallel zum gewachsenen bürgerschaftlichen Engagement u.a. für die Integration von Neuzugewanderten und Geflüchteten zeigt sich in der Bevölkerung gegenläufig ein zunehmender öffentlicher, immer mehr durch rechtspopulistische und rassistische Sichtweisen und Organisationen beeinflusster, Diskurs.
4. Neue rechtspopulistische und rechtsextreme Organisationen sind auch in Wuppertal entstanden, die gezielt versuchen, gegen Zuwanderung und eine offene Gesellschaft Stimmung zu machen.
5. Dabei spielen die sozialen Medien eine immer größere Rolle. Sie werden gezielt genutzt, rassistische und rechtspopulistische Sichtweisen in der öffentlichen Debatte zu normalisieren. Hate Speech und Fake News werden bewusst eingesetzt, um eine Polarisierung innerhalb der Gesellschaft voranzutreiben und Stimmung besonders gegen Geflüchtete zu machen.
6. Ein zunehmender Nationalismus, einhergehend mit einem zunehmenden Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit sind erkennbar. Auch in vereinzelt migrantischen Gruppen zeigt sich die Zunahme nationalistischer oder antisemitischer Haltungen.

Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz – Wuppertal

Die Werte von Demokratie, Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit sind nicht selbstverständlich. Sie müssen von den Bürger*innen mit Leben gefüllt, gelernt und geteilt werden.

Daher sollen mit diesem Handlungsprogramm nicht nur kurzfristige Maßnahmen gebündelt, sondern auch mittel- und langfristige Ziele definiert sowie einzelne Instrumente zur Zielerreichung beschrieben werden.

Was die Stadt Wuppertal und deren Zivilgesellschaft für Demokratie und Toleranz und gegen Rassismus und Rechtsextremismus tun kann - Handlungsfelder

1. Handlungsfeld Kooperation:

Kooperationen stärken und Strukturen verstetigen

Eine enge Zusammenarbeit von Kommune und Zivilgesellschaft ist notwendig, wenn es darum geht, sich für Demokratie und Toleranz einzusetzen und um die Stadtgesellschaft zu den auch neuen Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich Rassismus und Rechtsextremismus zu sensibilisieren.

- Die regionale und überregionale Koordinierung von Aktionen gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist weiterhin sicherzustellen und mit zu organisieren.
- Die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. hat sich als Ansprechpartner und Akteur im Themenfeld etabliert. Ihre Arbeit ist weiterhin durch kommunale Förderung sowie durch Projektmittel zu unterstützen. Sie entwickelt das Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz kontinuierlich in Abstimmung zwischen Kommune und Zivilgesellschaft weiter und koordiniert dessen Umsetzung.
- Der bestehende „Begleitausschuss“ des Programmes „Demokratie leben“ wird unabhängig von der Laufzeit des Bundesprogrammes verstetigt und nimmt die Aufgabe eines Austauschforums zwischen Kommunalen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft weiter wahr.
- Es werden regelmäßig von kompetenten Trägern Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen für hauptamtliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen angeboten, um über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremistischen Szene und rechtliche Grundlagen zu informieren sowie wirksame Gegenmaßnahmen zu beraten.
- Es findet ein regelmäßiger Austausch zu aktuellen Entwicklungen im Themenfeld und zur Entwicklung gemeinsamer Strategien im Rahmen der Ordnungspartnerschaften statt.

2. Handlungsfeld Öffentlichkeit:

Öffentlichkeit sensibilisieren und Bürgerbeteiligung stärken

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für eine zunehmende Bedrohung unserer demokratischen Werte durch Rassismus, Ausgrenzung sowie das Grundgesetz in fragstellende Gruppen und Parteien ist wichtig, um der Verfestigung solchen Gedankenguts erfolgreich entgegenzuwirken. Menschen, die sich für eine offene und tolerante Gesellschaft einsetzen und sich für das Gemeinwohl engagieren, sind zu unterstützen.

- Weiterhin regelmäßige Durchführung von (Gedenk-) Veranstaltungen im Themenkontext, wie zum 27. Januar zu „Holocaust-Gedenktag“ und der Pogromnacht am 9. November sowie anderen Gedenktagen durch die Stadt Wuppertal in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Bildungseinrichtungen, um die Öffentlichkeit über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus sowie über Rassismus und Antisemitismus aufzuklären.
- Umsetzung der Idee einer öffentlichen Auszeichnung von Unternehmen, Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen, die die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aktiv unterstützen und weiter entwickeln.
- Erstellung und Veröffentlichungen von Publikationen, die über extrem rechte Parteien und Gruppen, ihre ideologischen Grundlagen und politischen Ziele informieren sowie aktuelle Entwicklungen im Themenfeld aufgreifen.
- Förderung öffentlicher Debatten zum Thema im Rahmen von Veranstaltungen, Beteiligungsverfahren und Formaten, wie der „Demokratiekonferenz“ oder „Festen der Demokratie“ mit vielfältigem Informations- und Kulturprogramm .
- Breitere Verankerung der Angebote politischer Bildung zu den Themen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- Unterstützung von Aktivitäten gegen Rassismus und Ausgrenzung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gruppen, wie bei der Umsetzung von Informationsständen, Plakat- und Leserbriefaktionen, Ausstellungen und Demonstrationen.
- Bürgerbeteiligung: Die kommunale Politik und Verwaltung sieht in der Beteiligung von Bürger*innen bei der Gestaltung der Stadtentwicklung und der Förderung des Zusammenlebens eine wichtige Komponente.

3. Handlungsfeld Bildung:

Die rassismuskritische Bildungsarbeit ausbauen

Bildungsträger und –einrichtungen sind wichtige Akteure in der Vermittlung demokratischer Werte und zur Förderung interkultureller Verständigung. Hier gilt es alle Bildungsträger, zivilgesellschaftliche Organisationen und Gedenkstätten zu unterstützen und anzuregen, weitergehende Formate zu entwickeln und umzusetzen. Wichtig dabei ist, Konzepte zu entwickeln, mit denen es gelingen kann, bisher wenig erreichte Zielgruppen anzusprechen.

- Förderung und Ausbau von Angeboten der „Menschenrechtsbildung“
- Weiterförderung und Ausbau der Angebote von Gedenkstätten
- Ausbau bestehender Angebote im Bereich der Erwachsenenbildung zum Thema und Schaffung von generationsübergreifenden Angeboten

- Förderung und Ausweitung des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, um sich mit rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen und diesen entgegen zu wirken
- Informationsveranstaltungen für Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern

4. Handlungsfeld außerschulische Jugendbildung: Mit frühzeitiger Aufklärung Jugendliche stärken

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft dieser Gesellschaft. Es gilt gerade in diesen Lebensphasen Werte zu vermitteln, die Grundlagen eines Zusammenhaltes einer toleranten und weltoffenen Gesellschaft sind. Andererseits ist es gerade diese Altersgruppe, die Ziel von Werbungsversuchen durch rechtsextreme Organisationen ist. Daher gilt es hier, Angebote sicherzustellen und auszubauen, die demokratische Werte und Prinzipien vermitteln.

- Weiterführung und Ausbau des örtlichen Jugendrates, um das politische Interesse der Jugendlichen zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu geben, demokratisches Verhalten und Handeln einzuüben
- Entwicklung eines vielfältigen, attraktiven und zielgruppenorientierten Freizeitangebots, um den Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene auf diesem Gebiet erfolgversprechend entgegenwirken zu können
- Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren, um Jugendliche über die Ursachen und Folgen von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aufzuklären, ihre Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen zu fördern, demokratische Werte und Normen zu vermitteln und die Bereitschaft zur Zivilcourage zu stärken
- Gestaltung einer präventiven Jugendarbeit mit dem Ziel, das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zu stärken, sie zu selbstbestimmtem Handeln zu befähigen, ihr soziales und interkulturelles Lernen zu fördern und gefährdete Jugendliche zu integrieren
- Durchführung sportlicher Veranstaltungen und internationaler Jugendbegegnungen, die besonders geeignet sind, das respektvolle Miteinander von Jugendlichen unterschiedlicher nationaler, ethnischer, religiöser, kultureller oder sozialer Herkunft zu fördern.

5. Handlungsfeld Internet und (soziale) Medien: Mit neuen Medien Rassismus entgegenwirken

Das Internet und soziale Medien spielen heute sowohl als Quelle der Informationsgewinnung als auch als Mittel der Kommunikation eine große Rolle. Gerade von rechtsextremen und – populistischen Organisationen werden diese Medien strategisch genutzt, um gezielt Einfluss auf Diskurse zu nehmen. Hier gilt es, Maßnahmen zur Sensibilisierung im Umgang mit diesen

Strategien herzustellen sowie Ideen zu entwickeln, wie diesen begegnet werden kann. Die Kooperation mit lokalen und überregionalen Medien (Presse, Radio, Fernsehen) ist eine wichtige Voraussetzung, um durch Öffentlichkeitsarbeit über aktuelle Entwicklungen und rechtsextremistische und rassistische Strategien und Aktivitäten zu informieren. Andererseits ist es wichtig, Medien für eine rassismuskritische Berichterstattung weiter zu sensibilisieren.

- Gewinnung von Medienpartner*innen und Nutzung von medialen Plattformen
- Sensibilisierung von Medienmacher*innen bezogen auf deren Berichterstattung im Kontext des Themenfeldes
- Sensibilisierung in Bezug auf einen rassismuskritischen Sprachgebrauch
- Aufklärung über neue rechtsextreme Medien (-portale)
- Förderung der Herstellung von Filmmaterial oder Dokumentationen über Bevölkerungsgruppen oder Einzelpersonen, die von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit betroffen sind, um die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren
- Stärkung der Medienkompetenz durch Seminarangebote für Jugendliche, Multiplikator*innen, Eltern und Lehrerschaft
- Aufklärung über Symbole, Phrasen und versteckte Propaganda rechtsextremer Portale und in Online Games
- Kontinuierliche Information der Medien über geplante Veranstaltungen, Aktionen und Projekte durch Pressekonferenzen, Pressemitteilungen und Hintergrundgespräche
- Konsequente Nutzung bereits vorhandener Löschungsmöglichkeiten über entsprechende Meldebuttons auch auf den Web 2.0 Seiten
- Einschaltung der Medienaufsicht
- Bei Verstößen gegen den Jugendschutz umgehende Information an die Zentralstelle für Jugendschutz im Internet unter www.jugendschutz.net
- Anzeige auffälliger Webseiten und strafrechtlich relevanter Darstellungen

6. Handlungsfeld Chancengleichheit und kulturelle Vielfalt: Chancengleichheit für alle weiter voranbringen

Wuppertal ist eine von Vielfalt geprägte Stadt. Diese gilt es als Chance zu begreifen und als integralen Bestandteil der Gesellschaftsentwicklung zu gestalten. Demnach gilt es, diese zu fördern und deren Potentiale zu nutzen.

Chancengleichheit ist eines der vorrangigen Prinzipien des Grundgesetzes und der Menschenrechte. Demnach gilt es, Maßnahmen zu stärken, die jeder Form von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken.

- Entwicklung von Leitlinien für Unternehmen, um Chancengleichheit beim Zugang zu Wohnraum, Arbeit und Bildung sicherzustellen

- Förderung der der Menschenrechtsbildung für Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und Betriebe
- Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung
- Finanzielle und organisatorische Unterstützung von Veranstaltungen, Projekten und Begegnungsstätten, die die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren und die daraus resultierende Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens dokumentieren
- Umsetzung und Festschreibung der Anti-Diskriminierungsbestimmungen in Verträge
- Förderung der kulturellen Reichhaltigkeit durch die Gestaltung eines vielfältigen kommunalen Kulturprogramms
- Veranstaltung von interkulturellen Wochen, um gegenseitige Akzeptanz, Toleranz und den Dialog zwischen den Kulturen zu fördern
- Benennung öffentlicher Bereiche (Straßen, Plätze etc.) zur Erinnerung an Personen aus dem Widerstand, Opfer rassistischer Gewalt und Verfolgung und Personen, die sich für die Förderung des Zusammenlebens der Kulturen eingesetzt haben
- Stärkung der Beteiligung Personen unterschiedlicher Herkunft an politischen Prozessen, in Vereinen und Organisationen.

7. Handlungsfeld Wirtschaft:

Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft stärken

Ein positiver Standortfaktor für Unternehmen ist eine tolerante und weltoffene Stadtgesellschaft. Unternehmen leisten einen Beitrag zur Förderung dieser Werte. Diversity ist in vielen Unternehmen notwendige Voraussetzung bei der Entwicklung von Produkten.

- Unternehmen gewinnen, sich z.B. über den Begleitausschuss an der Weiterentwicklung des Handlungsprogrammes zu beteiligen und mit Veranstaltungen und Aktionen zu planen
- Förderung von Fortbildungsangeboten zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus für Firmenangestellte in Kooperation mit Unternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften
- Beteiligung von Firmen an Werbemaßnahmen zur Finanzierung von Veranstaltungen und Aktionen

8. Handlungsfeld Sport:

Mit Begegnung Zusammenhalt fördern

Sport hat eine hohe gesellschaftliche Bedeutung und spielt eine große Rolle bezogen auf Chancen der Integration und der Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

- Sensibilisieren der Vereinsführung, der Trainerschaft, des Betreuerteams, der Sportlerinnen und Sportler, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter sowie Eltern zum Erkennen rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher und diskriminierender Äußerungen und Aktivitäten im Sport und dessen Umfeld
- Konsequentes Vorgehen gegen jegliche Form rechtsextremer Erscheinungsformen in Stadien, auf Plätzen und in Sporthallen
- Aufnahme und Integration von Vereinsmitgliedern mit Migrationshintergrund in alle Ebenen des Vereins
- Förderung und Durchführung von „internationalen“ Turnieren, um Begegnung herzustellen und Gemeinschaft zu fördern

Ausblick

Die aufgeführten Handlungsfelder stellen eine wichtige Grundlage für die Ausrichtung der Arbeit in der und für die Stadt Wuppertal dar. Eine wichtige Funktion übernimmt die Initiative für Demokratie und Toleranz, die die gesellschaftlichen Entwicklungen aufgreift, das Handlungsprogramm zielgerichtet weiterentwickelt und koordiniert.